

Forderungen an die Familienpolitik

Krippenausbau die Zweite: Controlling, Qualität und „Krokodilstränen“

Foto: Schälte

12. Juli 2013 – Kurz bevor am 1. August der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren (U3) in Kraft trat, diskutierte das Parlament noch einmal über die Versorgung mit Betreuungsplätzen und über mögliche Mängel. Grundlage der Debatte war ein Antrag der FDP-Fraktion (Drs. 16/3454), mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, den tatsächlichen Bedarf vor Ort zu erheben und entsprechend nachzusteuern. Außerdem solle die Regierung in Kooperation mit den Beteiligten schnellstmöglich einheitliche Anmeldefristen und vereinfachte Anmeldeverfahren auf den Weg bringen. Der Widerspruch ließ nicht lange auf sich warten.

Von einer bedarfsgerechten Infrastruktur sei NRW weit entfernt, kritisierte **Marcel Hafke** (FDP). Er forderte die Landesregierung auf, den Betreuungsbedarf in den einzelnen Kommunen zu ermitteln, ein Controlling auf den Weg zu bringen und mit den Kommunen nachzujustieren. Gerade in großen Städten fehlten tausende Betreuungsplätze. Damit sei die Landesregierung dem Rechtsanspruch nicht nachgekommen. Seit Monaten herrsche Stillstand, und Herausforderungen wie ein attraktiverer Erzieherberuf, eine attraktivere Tagespflege oder die Frage nach dem Zugang zu Kitas außerhalb der eigenen Stadt blieben ohne Antwort.

„Wenn man Ansprüche an andere stellt, sollte man diese Ansprüche bei sich selbst überprüfen“, entgegnete **Wolfgang Jörg** (SPD). Seit 2010 habe Rot-Grün 440 Millionen Euro in die Kleinkindbetreuung investiert, die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hingegen habe in fünf Jahren null Euro investiert. Die „riesengroße, öffentlich anerkannte Aufholjagd“ in NRW erkannten auch die Eltern, Träger und Kommunen an. Der Antrag aber sei nur auf Krawall gebürstet, kritisierte der Abgeordnete. Er enthalte mehrere Aufforderungen zu Dingen, die bereits gemacht würden oder aber die man nicht machen könne, weil sie absurd seien.

Ursula Doppmeier (CDU) bescheinigte der Regierung „Wunschdenken“, denn die gemeldeten U3-Plätze seien noch längst nicht alle tatsächlich da. „Quantität löst nicht das Problem der

Qualität“, fügte sie hinzu und forderte kleinere Betreuungsgruppen sowie mehr Erzieherinnen und Erzieher. Außerdem fehle es nun an Plätzen für Kinder über drei Jahren, weil die Regierung aus Ü3-Plätzen mit Fördergeldern U3-Plätze gemacht habe. Um Familie und Beruf besser zu vereinbaren, brauche es nicht nur Betreuungsplätze, sondern auch mehr Flexibilität in der Kinderbetreuung. Viele Eltern wünschten sich erweiterte Öffnungszeiten.

Andrea Asch (GRÜNE) bezeichnete es als Armutszeugnis, die Anstrengungen von Landesregierung, Kommunen, Trägern sowie Erzieherinnen und Erziehern nicht anerkennen zu wollen. Kaum erträglich fand Asch mit Blick auf Schwarz-Gelb, „wenn Sie anfangen, mit Krokodilstränen die Qualität zu bemühen, die Qualität, die Sie mit Ihrem Kinderbildungsgesetz schamlos nach unten gefahren haben“. Um Familie und Beruf vereinbar zu machen, sah Asch nicht nur die Politik in der Pflicht, sondern auch die Wirtschaft. Familienfreundliche Arbeitsplätze, Betriebskindergärten und ein angemessenes Gehalt für Frauen seien ebenso notwendig wie ein weiterer U3-Ausbau.

Vor allem gehe es beim Krippenausbau um qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, erklärte **Olaf Wegner** (PIRATEN). Das bedeute, die Chancen und Möglichkeiten in den Kindertageseinrichtungen besser zu nutzen und so die individuelle Förderung zur Basis des Lernens zu machen, damit die Kinder ihre Interessen und Fähigkeiten optimal entfalten könnten.

Bei der derzeitigen Versorgungsquote könnten die meisten Kitas dies aber kaum bieten – und die Einrichtungen, die es böten, könnten sich die meisten Eltern nicht leisten. Deshalb fordere seine Fraktion sowohl mehr und bessere als auch beitragsfreie Kinderbetreuung.

Es stimme nicht, „dass wir Plätze durch Umwandlung von Ü3-Plätzen in U3-Plätze geschaffen hätten“, sagte **Familienministerin Ute Schäfer** (SPD). Stattdessen hätten dies CDU und FDP getan, und zwar ohne jede Investition – mit der Entscheidung, Kinder früher einzuschulen. Neben einem Personal-Kind-Schlüssel im „Spitzenfeld“ habe NRW auch die Anzahl der Auszubildenden im Erzieherberuf erheblich gesteigert, sagte Schäfer zur Qualität. Und ein Anmeldeverfahren sei verabredet worden, liege aber in der Eigenständigkeit der Kommunen. Das Land könne hier nur moderieren. Controlling hingegen bedeute nichts als Bürokratie. SOW

Überweisung

Den Antrag (Drs. 16/3454) weiterberaten wird nun federführend der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, begleitet vom Kommunalausschuss.

Im übrigen unterstützt der Landtag den einstimmigen Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz zum U3-Ausbau, die Landesregierung soll sich für eine verstärkte Kostenbeteiligung des Bundes einsetzen. Für diese Position stimmten am 19.9.2013 im Familienausschuss SPD, GRÜNE, FDP und PIRATEN, die CDU enthielt sich.